

# Standpunkt : wir sagen, was Sache ist

Autor(en): **Forster, Peter**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **90 (2015)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

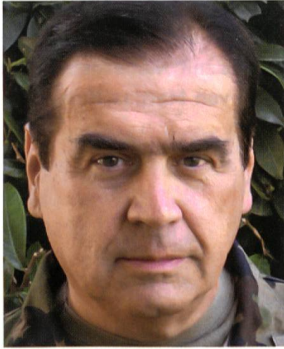
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Ein Dampfer namens «Titanic»



Was für ein Geschwätz das war – die so genannte Energiedebatte im Nationalrat!

Obwohl Mitte-links im Parlament die Übermacht hat und der Ausgang von Anfang an feststand, erklang eine wüste Kakophonie wie der Froschgesang im Dorfteich. Die Advokaten der «Energiewende» überboten sich mit apokalyptischen Katastrophenszenarien; und wer den Mut hat, an der bundesrätlichen Kehrtwende zu zweifeln, den bestrafen die Mainstream-Medien mit ihrem Psychoterror.

Und doch ist es hoch an der Zeit, dass das Lager der Vernünftigen seine Stimme erhebt. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Sicherheit unseres Landes. Die Sicherheit in der Energieversorgung ist ein zentraler Bestandteil der Gesamtsicherheit der Schweiz; und ein wesentliches Fundament ihres Wohlstandes.

Daran ändert nichts die Tatsache, dass am 11. März 2011 die Bundesrätin Leuthard jäh den Kopf verlor. Gewählt als Kraftwerk-Lobbyistin nach Bern und dort aufgestiegen als Kernkraft-Befürworterin, sprang sie innert Stunden einen atemberaubenden Salto – weg von der sicheren, sauberen, kostengünstigen Kernenergie, hinein ins rot-grüne Lager der Kernkraftgegner.

Frau Wendehals vollzog die 180-Grad-Drehung ohne ausreichende Lagebeurteilung, ohne

ordentliche Meinungs- und Entscheidungsfindung – getrieben von der tagespolitischen Opportunität, auf die Gunst der Massen schielend, im Blick nur die vermeintliche Panik im Volk.

Innert Tagen fiel auch die Bundesrätin mit der schwächsten Verankerung im Parlament um, die ihre links-grüne Basis vertäubt hatte, als sie der Nichtjuristin Sommaruga das Justizdepartement aufzwang. Die Belohnung erfolgte auf dem Fuss: Am 14. Dezember 2011 wählte Mitte-links Evelyne Widmer-Schlumpf mit 131 Stimmen wieder in den Bundesrat.

Auf der Strecke bleibt die elementare Sicherheit in der Stromversorgung der Schweiz. Seit einem halben Jahrhundert produziert die Kernkraft jahraus, jahrein, ob es schneit oder regnet, ob die Winde wehen oder nicht, bezahlbare, sichere, geschützte *eigene* Energie. Aber nein, unter dem Druck eines 10 000 Kilometer entfernten Unglücks schmeissen Teile der Mitte-Parteien eine bewährte, grundlegend gute Strategie über Bord – und besteigen einen Dampfer namens «Titanic».

Noch ist es nicht zu spät, innezuhalten und für einen Moment den Kopf – den gesunden Menschenverstand – einzuschalten. In tagelanger Rede konnte niemand glaubhaft darlegen, wie die Schweiz den so genannten Ausstieg schafft. Keine und keiner konnte sagen, welche neue Energie die Schweiz so sicher, so umweltschonend und preiswert versorgt wie die Kernkraft.

Und das Schlimmste: Mitte-links sucht den Ausstieg am Volk vorbeizusteuern – auf Stufe Gesetz, nicht auf Stufe Verfassung. Aber auch da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen!

Peter Forster, Chefredaktor